

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Kultur als Daseinsvorsorge schützen - Kulturhoheit der Bundesländer darf durch das Transatlantic Trade and Investment Partnership-Abkommen (TTIP) nicht missachtet werden

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Europäische Union befindet sich mit den USA in bilateralen Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen (TTIP). Dabei stehen Arbeits-, Gesundheits-, Klima-, Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutz-, aber auch Kulturschutzstandards zur Disposition. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hält es für inakzeptabel, dass das gegenwärtige TTIP-Verfahren keinerlei parlamentarische Kontrolle und Einflussnahme zulässt. Er unterstützt den Bundestagspräsidenten, der deshalb bei Aufrechterhaltung des Verfahrens gegenüber den USA wie auch der EU-Kommission mit einer TTIP-Blockade gedroht hat. Zugleich betont der Landtag, dass die Kulturhoheit der Bundesländer auch im Zusammenhang mit dem TTIP-Abkommen zu achten ist.

Ein flächendeckendes Kulturangebot in verschiedenen künstlerischen Sparten, das zu erschwinglichen Preisen und mit niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht, ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb bedarf Kultur eines besonderen Schutzes. Wenngleich von der Verhandlungsführerin seitens der EU, Kommissarin Malmström, Gegenteiliges behauptet wird, dürfen die bestehenden Rahmenregelungen und Förderinstrumente auf europäischer und nationaler Ebene für Kultur und Medien durch das TTIP-Freihandelsabkommen nicht angetastet werden.

Hierbei geht es unter anderem um die Buchpreisbindung, die direkte Förderung von Kultureinrichtungen, wie etwa Theatern und Orchestern sowie die Finanzierung der Filmförderung, welche Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar betreffen. Gleiches gilt für die Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer zur Regulierung von Mediendiensten sowie die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern sowie kulturwirtschaftlichen Unternehmen.

Eine Bedrohung der kulturellen Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern durch das TTIP-Abkommen muss abgewendet werden.

- II. Der Landtag begrüßt, dass ein Trägerkreis aus Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, Organisationen aus den Bereichen Demokratie, Bürger- und Verbraucherrechte, einschließlich des Deutschen Kulturrates, am 10. Oktober 2015 in Berlin für einen gerechten Welthandel demonstrieren. Er sieht darin gelebtes bürgerschaftliches Engagement und Zivilcourage.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Im Jahr 2007 hat Deutschland die „UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ ratifiziert. Durch die Unterzeichnung haben sich die Staaten - und damit auch die EU - verpflichtet, die in diesem Zusammenhang erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt, zur Förderung und zum Ausbau des Kultur- und Mediensektors zu ergreifen.

Kultur und Medien haben einen so hohen Stellenwert für die Gesellschaft, dass ihr Schutz und ihre Förderung Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben müssen, zumal Kultur und Medien selbst wichtige Motoren für wirtschaftliches Wachstum sind. Sowohl Deutschland als auch die EU haben daher in den letzten Jahren vermehrte Anstrengungen unternommen, um die Kultur- und Kreativwirtschaft, einschließlich der Medienwirtschaft, als Zukunftsbranche zu unterstützen. Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kultur- und Medienproduktionen sind jedoch auch gezielte Fördermaßnahmen sowie die soziale Absicherung der freiberuflichen Künstlerinnen und Künstler sowie der Publizistinnen und Publizisten durch das Künstlersozialversicherungsgesetz.